

Braunschweig ehrt einsamen Kämpfer gegen NS-Verbrechen

VON JOACHIM GÖRES

Braunschweig. Fritz Bauer gilt als einer der wichtigsten deutschen Juristen, die sich nach dem Krieg für die Verfolgung von Nazi-Verbrechen einsetzten. Damit war er allein auf weiter Flur. Immerhin waren noch 1948 an den Gerichten – nicht nur – in Niedersachsen mehr als 80 Prozent aller Juristen frühere NSDAP-Mitglieder. Ohne Bauer, der als Sozialdemokrat und Jude die Verfolgung durch die Nazis im skandinavischen Exil überlebte, hätte es den Auschwitz-Prozess in den 60er-Jahren vermutlich nicht gegeben. Nur mit seiner Hilfe konnte Adolf Eichmann, der den millionenfachen Mord an Juden organisierte, in Israel der Prozess gemacht werden. 1968 starb Bauer – seitdem geriet er weitgehend in Vergessenheit. Jetzt wird an ihn mit einer Ausstellung erinnert und ein prominenter Platz nach ihm benannt.

„In Braunschweig war Bauer bis vor drei Jahren völlig unbekannt, obwohl er hier von 1949 bis 1956 als Landgerichtsdirektor und Generalstaatsanwalt wirkte und hier nur durch sein Engagement einer der wichtigsten NS-Prozesse stattfand“, sagt der

Lehrer Udo Dittmann, der im Braunschweiger Freundeskreis Fritz Bauer aktiv ist.

In der gerade laufenden Ausstellung „Der Prozess vom 20. Juli“ im Braunschweiger Landgericht geht es um die Bewertung des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944. Die daran beteiligten Widerstandskämpfer wurden 1951 im niedersächsischen Wahlkampf vom führenden Funktionär der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei, Otto Remer, als vom Ausland bezahlte Hoch- und Landesverräter beschimpft, weil sie ihren Eid auf Hitler gebrochen hätten. Bauer betonte dagegen im Prozess gegen Remer, dass eine eidliche Verpflichtung auf unbedingten Gehorsam gegenüber einer Person unsittlich gewesen sei. Und Bauer formulierte einen Satz, mit dem er sich gegen die damalige Mehrheitsmeinung stellte: „Ein Unrechtsstaat, der täglich Zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr gemäß Paragraph 53 StGB.“



Späte Ehrung: Fritz Bauer. FOTO: DPA

Helmut Kramer kam als Referendar 1958 ans Gericht nach Braunschweig, zwei Jahre, nachdem Bauer als Generalstaatsanwalt nach Frankfurt gewechselt war. Die Verstrickung der Juristen, von denen viele in der NS-Zeit Todesurteile gefällt hatten, blieb bei den Gesprächen unter Kollegen ein Tabuthema. „Ein einziges Mal sprach mich ein Staatsanwalt an und sagte: ‚Wenn ich an Fritz Bauer denke, dann kommt es mir heute noch hoch.‘ Diese Haltung war typisch für die damalige Stimmung unter den Juristen.“

In der Ausstellung erfährt man wenig über die Widerstände, gegen die Bauer an-

kämpfen musste. Er wurde zunehmend verbittert, weil viele seiner Initiativen gezielt verhindert wurden – etwa als er Prozesse gegen NS-Juristen anstregte, die für die Ermordung von 70 000 Behinderten verantwortlich waren.

In Braunschweig verlief laut Dittmann eine Initiative für die Benennung einer Straße nach Fritz Bauer vor zehn Jahren im Sande. Inzwischen hat sich das Klima geändert. So wird jetzt mit Unterstützung aller Parteien ein Fritz-Bauer-Platz in der Stadtmitte eröffnet.

Helmut Kramer, einst Richter am Oberlandesgericht, sieht die aktuellen Ehrungen Bauers skeptisch: „Wichtiger wäre es, sich mit Bauers Ideen auseinanderzusetzen. Das von ihm formulierte Recht auf Widerstand gegen staatliche Willkür bleibt bis heute aktuell, genauso seine Anstrengungen für einen humanen Strafvollzug.“

Die Ausstellung im Landgericht Braunschweig, Münzstraße 17, ist bis zum 28. September zu sehen. Geöffnet ist sie montags bis donnerstags von 9 bis 16 Uhr, freitags von 9 bis 13 Uhr. Der Eintritt ist frei.